

Geologie und Geopolitik

Ihr habt immer nur weggesehen: Energie als Idee und Strategie

von Tim B. Müller

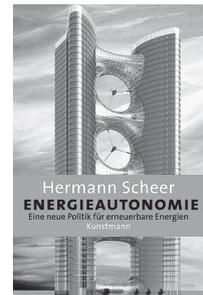
Zwei Autoren wollen die Energiekrise abwenden: Hermann Scheer plädiert für Energieautonomie, Frank Umbach für Versorgungssicherheit.

Das Spiel ist eröffnet. Zu Jahresbeginn hat Russland der Ukraine den Gas-hahn abgestellt. Schnell war die Krise gelöst – vorerst. Russlands Variante der Energiekooperation entpuppt sich als nationalistische Machtpolitik. Dahinter glaubt man die Klage des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu vernehmen, die „größte Katastrophe“ des vergangenen Jahrhunderts sei der Untergang der Sowjetunion gewesen. Hinzu kommt die permanente Instabilität des Nahen und Mittleren Ostens. Das sind nur die in den Medien sichtbarsten Bedrohungen der globalen Energiesicherheit. Es lässt sich im Augenblick nur schwer verdrängen, dass Europas Energieversorgung alles andere als dauerhaft gesichert ist.

Der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zufolge reichen die Ölreserven bei gleichbleibendem Verbrauch und ohne Neufunde noch für 40 Jahre aus, das Erdgas für 67 Jahre. Legt man die realistischeren Zahlen des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts zugrunde, die mit einem statistisch ermittelten steigenden Energieverbrauch rechnen, so reduziert sich die Verfügung über das Erdöl auf 22 Jahre, die Gasreserven werden noch 42 Jahre anhalten. Selbst das vorhandene Uran würde beim derzeitigen Stand der Technik kaum länger als 50 Jahre Energie spenden können. Grund genug, endlich die Abhängigkeit von fossilen und spaltbaren Energieträgern zu verringern. So fordert es der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer in seinem Buch „Energieautonomie“.

Scheer stellt die Schwächen des Kyoto-Protokolls bloß, das hierzulande von allen politischen Lagern gefeiert wird. Er hält den Emissionshandel für globale Heuchelei: „Die Gesellschaften der Welt befinden sich in dieser Beziehung noch in einem vorzivilisatorischen Stadium. Vermeidbare Emissionen zu tolerieren ist damit vergleichbar, jedem Einzelnen ausdrücklich zu erlauben, seinen Müll einfach auf die Straße oder seinen Nachbarn vor die Tür zu kippen. Es ist die Legitimierung asozialen Verhaltens.“

Was Scheer mit Energieautonomie meint, illustrieren seine Beispiele – etwa die komplette Stromversorgung von 300 000 Dorfbewohnern einer indischen Region durch solare Energieanlagen. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt Scheer zehn Maximen des Energiewandels auf. Die „Wiedergewinnung geistiger Autonomie“ als Voraussetzung des politischen Handelns und die „Überwindung des Wissensdefizits“ leuchten auf Antrieb ein, auch die Forderung nach Entflechtung der Energiewirtschaft. Allerdings kollidieren andere Maximen miteinander – oder mit der Realität. Einerseits sind alle verantwortlich und lokale Initiativen erfolgreich, andererseits soll der Staat Planer, Vorreiter und Anreizgeber spielen. Die nationale Politik soll heimische Ressourcen bevorzugen – wie sich das mit den Mechanismen des Weltmarkts vereinbaren lässt, bleibt offen. Schließlich wird das Problem technischer Machbarkeit nicht genug erörtert. Vor allem fehlt jede Behandlung der geostrategischen Dimension.



Hermann Scheer:
Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien. Verlag Antje Kunstmann, München 2005. 320 Seiten, € 19,90.



Frank Umbach:
*Globale
Energiesicherheit.
Strategische
Herausforderungen
für die europäische
und deutsche
Außenpolitik.*
R. Oldenbourg
Verlag, München
2003. 328 Seiten,
€ 44,80.

Wie Geologie in Geopolitik umschlägt, wird überzeugend von Frank Umbach in seiner Studie über „Globale Energiesicherheit“ behandelt. Dieses Buch wird wohl noch für einige Zeit die maßgebliche Untersuchung der strategischen Aspekte von Energiepolitik bleiben. Wenn dieser Tage die vier Staaten der Visegrad-Gruppe – Polen, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn – als Entgegnung auf die bilaterale Energiepolitik zwischen Deutschland und Russland in Sachen Ostsee-Pipeline eine gemeinsame Energiepolitik der EU fordern, so folgen sie darin Umbach. Die Renationalisierung der russischen Energiewirtschaft unter Putin wurde von ihm so kenntnisreich wie vorausschauend beschrieben, und auch der russisch-ukrainische Energiekonflikt wurde in seiner Entstehung analysiert und in seinem weiteren Verlauf zutreffend prognostiziert.

Umbach stellt die Verwundbarkeit Europas fest, das seinen Energiebedarf zunehmend in Ländern stillt, die politisch und ökonomisch instabil sind. Europa fehlt noch das Bewusstsein, „dass jede ausreichend gesicherte, wirtschafts- und sozialverträgliche Energieversorgung unter zunehmender Berücksichtigung ökologischer Faktoren auch in der Zukunft von nationaler und regionaler politischer Stabilität abhängig sein wird und daher ordnungs- sowie sicherheitspolitische Rahmenbedingungen auch unter Kriterien der Nachhaltigkeit für künftige Generationen stets beachtet werden müssen“.

Am einschneidendsten für die globale Energiesicherheit ist die Verschiebung des wirtschaftlichen Gravitationszentrums nach Asien. Das größte Problem stellt China dar – auch wegen der unberechenbaren Natur seines politisch-ideologischen Systems. Umbach beschreibt und begrüßt die chinesischen Bemühungen um Liberalisierung seiner Energiepolitik und Diversifizie-

rung seiner Energieimporte. „Je sicherer sich China bei der Lösung seiner Energieprobleme fühlt, um so sicherer werden auch seine Nachbarstaaten und der Rest der Welt sein“, so Umbach, der Chinas Einbindung in die Weltwirtschaft und internationale Arbeitsteilung empfiehlt.

Diversifizierung ist das Schlüsselwort – Afrika und besonders Zentralasien bieten sich als Öl- und Gasexporteure für Europa an. Über Georgien verbinden mittlerweile drei Pipelines den Westen mit dem Kaspischen Raum, ohne russisches Territorium zu berühren. So kann sich Europa aus der Abhängigkeit von Russland und Mittelost befreien. Der „strategische Partner“ Russland verfolgt ohnehin langfristig andere Ziele, wie Umbach zeigt und bei den jüngsten Verhandlungen um das iranische Nuklearprogramm immer wieder deutlich wurde. Umbachs Forderung nach einer europäischen Energiestrategie bleibt aktuell. Dazu rechnet er neben der Diversifizierung der Importe die staatliche Förderung erneuerbarer Energien. Selbst der Ausstieg aus der Atomenergie ist längst nicht europäischer Konsens – je bedrohlicher der Gasriese Russland erscheint, desto intensiver wird über neue Kernkraftwerke nachgedacht.

Anders als Scheer, der zwischen der Energieautonomie „von unten“ und staatlicher Intervention schwankt, stellt Umbach die wahren Vorreiter der „Energiewende“ vor: Der freie Markt verhindert politische Erpressung, und die globalen Energieriesen wirtschaften aus Eigeninteresse selbst zunehmend nachhaltig. Multinationale Konzerne stimmen ihre Strategien auf die ökologischen, außen- und sicherheitspolitischen Notwendigkeiten ab, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Symbolisch steht dafür das 2000 geänderte Logo von BP: Aus British Petroleum wurde Beyond Petroleum.

Abendland im Morgengrauen

Wie es dazu kam, was die Deutschen heute über Europa denken
von Undine Ruge

Die gegenwärtige Krise Europas macht einmal mehr den Bedarf nach europäischer Selbstverständigung über Ziele und Grenzen der Europäischen Union deutlich. Sie offenbart zugleich eine fundamentale Kluft zwischen politischen Eliten und europäischer Bevölkerung. Hier ist auch die Europa-Forschung gefragt. Ausgangspunkt der jüngst erschienenen, breit angelegten Untersuchung von Vanessa Conze ist die Feststellung, dass für die Deutschen Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Westen liege. Unschwer lässt sich hieran erkennen, dass ihre Dissertation im Kontext der Tübinger historischen Westernisierungsforschung entstanden ist.

„Das Europa der Deutschen“, so auch der Titel ihrer Studie, existiere als gesamtgesellschaftlich dominierendes, demokratisch-freiheitliches Europa-Verständnis erst seit den siebziger Jahren. Anders als die ihrer Meinung nach einseitige gängige Europa-Forschung untersucht Conze nun nicht ausschließlich die Wurzeln jenes liberalen, „westlichen“ Europa-Verständnisses am Beispiel der „Europa-Union“, sondern sie analysiert parallel anhand der „Abendländischen Bewegung“ die traditionellen bzw. konservativen „deutschen“ Europa-Ideen – Abendland, Reich, Mitteleuropa –, die zum Teil bis in die sechziger Jahre als antiwestliche Konkurrenzentwürfe zu „Westeuropa“ in der deutschen Öffentlichkeit präsent waren. Ihren Untersuchungszeitraum spannt sie dabei beeindruckend weit, von 1920 bis 1970, um die Kontinuitäten und Brüche der jeweiligen Europa-Ideen über die Schwelle von 1933 bzw. 1945 hinweg herausarbeiten zu können. Die Autorin nimmt dabei nicht nur die

Europa-Ideen und deren Vorläufer in der Zwischenkriegszeit in den Blick. Sie kann auch die organisatorischen Kontinuitäten beider Europa-Gruppen von der Weimarer Republik bis in die fünfziger Jahre nachweisen. Neben Ideen und Organisationen werden biographische Prägungen und Erfahrungen einiger Protagonisten dargestellt, wobei allerdings allzu häufig auf Selbstzeugnisse zurückgegriffen wird. Vielleicht ist es dieser Quellengattung geschuldet, dass Conze einigen Mitgliedern der „Abendländischen Bewegung“ zwar bescheinigt, sich in den dreißiger und vierziger Jahren als „Brückenbauer“ zum Nationalsozialismus betätigt zu haben, diese aber nicht dem Nationalsozialismus zurechnen möchte, selbst wenn sie – wie Emil Franzel – die „Entjudung“ des Volksbildungsinstituts „Urania“ in Prag organisiert oder – wie Georg Stadtmüller – als Volkshistoriker und Ostforscher an der Legitimierung territorialer Ansprüche des NS-Regimes mitgewirkt haben.

Conze ergänzt die Europa-Forschung um eine quellengesättigte Übersicht über zwei in den fünfziger Jahren wirkungsmächtige Europa-Organisationen, ihre Ideen und Träger. Dabei zeigt sich, dass die in katholischer Tradition stehende, ständische und antiliberalen Elemente im Europa-Bild des „Abendlands“ verbindende „Abendländische Bewegung“ elitäre Organisationsformen wählte, während die „Europa-Union“, die auf die Schaffung einer freiheitlichen, demokratisch organisierten europäischen Gesellschaft zielte, im ganzen Bundesgebiet zahlreiche Mitglieder hatte und dezidiert in der Öffentlichkeit wirken wollte. Geschichte und Entwicklung



Vanessa Conze:
Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970).
R. Oldenbourg Verlag, München
2005.
453 Seiten,
€ 64,80.

der mit diesen Europa-Organisationen verbundenen Konzepte werden detail- und kenntnisreich rekonstruiert. Die Autorin belegt dabei einmal mehr, dass die deutschen Ideen für eine europäische Ordnung zugleich auch Ideen für eine Ordnung Deutschlands (gewesen) sind.

So interessant die biographischen Studien zu einzelnen Protagonisten der beiden Europa-Bewegungen sind, um neben ideellen auch personelle Kontinuitäten zu belegen, so unklar bleibt der methodische Status des biographischen Ansatzes. Conzes Anspruch, für das jeweilige Europa-Engagement „typische“ biographische Prägungen zu identifizieren, muss so lange uneingelöst bleiben, wie nicht verdeutlicht wird, nach welchen Kriterien die Fallauswahl getroffen wurde. Der Hinweis, dass die Personen ausgewählt wurden, weil ihre Biographien Beispielcharakter haben, hilft da nicht weiter. In jedem Fall ist es aber das Verdienst von Vanessa Conze, genau nachzuzeichnen, wie antiwestliche Konzepte von Europa in den fünfziger und sechziger Jahren ihre Prägekraft verloren. Dabei gelingt ihr die Einbettung in den politik- und sozialhistorischen Kontext der Zeit besonders überzeugend.

Wenn Conze am Schluss ihrer Arbeit betont, dass es neben der Europäisierung der Geschichtsschreibung auch nötig sei, Europa in der Nationalgeschichtsschreibung seinen Raum zu geben, macht sie damit deutlich, dass ihre „erneuerte Ideengeschichte“ vor allem eine Geschichte „deutscher“ Europa-Ideen ist. Den antimodernen und antiliberalen traditionellen „deutschen“ Ideen werden dabei die freiheitlich-demokratischen „westlichen“ Ideen gegenübergestellt. Conze übersieht aber, dass es durchaus auch in anderen europäischen Ländern, beispielsweise Frankreich, antimoderne

Ideen gegeben hat, die zum Teil ebenfalls mit dem Begriff Abendland operierten. Hätte die Autorin sich zudem methodisch offener für neuere Ansätze der „intellectual history“, beispielsweise der französischen Intellektuellensoziologie oder der amerikanischen „conceptual history“, gezeigt, wäre es ihr möglich gewesen, den Stellenwert der biographischen Prägungen und intellektuellen Milieus (Zeitschriften etc.) für Entwicklung, Organisation und Wirkung der Europa-Ideen genauer zu bestimmen.

Andererseits hätte es ihr eine methodische Unterscheidung von Begriff und Konzept erleichtert, zu zeigen, dass die Idee (also das Konzept) „Abendland“ entgegen der bislang gängigen Forschungsmeinung auch nach Ende der fünfziger Jahre weiter wirkte, obwohl der Begriff kaum mehr benutzt wurde. Aber vielleicht ist es in Zeiten, in denen die meisten aktuellen Beiträge zur europäischen Konzept- und Intellektuellengeschichte einen transnationalen und interdisziplinären Ansatz wählen, schon fast wieder avantgardistisch, eine reine Nationalgeschichte der „deutschen“ Europa-Idee(n) zu schreiben.

Der These, dass wir es seit den siebziger Jahren mit nur noch einer deutschen Europa-Idee zu tun haben, nämlich der einer Wertegemeinschaft, die die übernationale Verwirklichung von Demokratie, Pluralismus, Föderalismus und Menschenrechten bedeute, ist im Hinblick auf den öffentlichen Elitendiskurs unter Umständen zuzustimmen. Allerdings hat es auch über die siebziger Jahre hinaus Europa-Konzepte gegeben, die antiliberales Gedankengut transportieren (können) – man denke an das „Europa der Regionen“ oder das „Europa der Völker“. Diese Ideen werden bei Bedarf nicht nur von rechtspopulistischen Parteien reaktiviert.

Nachrichtendienste in der Nachrichtenflut

Besser informiert: Ein umfassendes Lagebild hat viele Zuträger

von Christoph Grams

Die Komplexität der Anforderungen moderner Sicherheitspolitik ist das überwältigende Thema der von Heiko Borchert und Ralph Thiele herausgegebenen Reihe „Vernetzte Sicherheitspolitik“. Die Reihe setzt sich vor dem Hintergrund des aktuellen Risiko- und Bedrohungsbilds für die Staaten des Westens „mit der Transformation der Streitkräfte und des Sicherheitssektors“ (www.vernetzte-sicherheit.net) auseinander. Im vorliegenden fünften Band gehen Autoren aus Wissenschaft, Nachrichtendienst, Militär und Industrie der Frage nach, wie sich Aufgabe und Stellung der Nachrichtendienste im gesamtstaatlichen Transformationsprozess des Sicherheitssektors verändern müssen, um die zur Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts notwendige Wissensgrundlage für politische Entscheider bereitstellen zu können.

Die in dem Sammelband eingenommene Perspektive ist praxisorientiert und identifiziert die drei Kernthemen zur institutionellen Weiterentwicklung der Nachrichtendienste: 1. Möglichkeiten und Grenzen der nationalen und internationalen Kooperation; 2. Einfluss moderner Informations- und Kommunikationstechnologien auf nachrichtendienstliche Strukturen und Prozesse; 3. wachsender Bedarf an Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren. Gemeinsamer Schnittpunkt dieser Kernbereiche ist die globalisierungsbedingte Verschiebung von Selbstverständnis und Arbeitsweise der Dienste. Nicht mehr der nationalstaatliche Fokus auf eine militärisch verstandene Bedrohung dominiert aufgrund der gestiegenen Komplexität die Analyse, sondern ein umfassendes

Sicherheitsverständnis, das transnationalen Entwicklungen Beachtung schenken muss. Die notwendige Gesamtbetrachtung aller relevanten Tendenzen „normalisiert“ (Borchert/Hofmeister) die Rolle der Geheimdienste für staatliche Entscheider. Im gesamten Spektrum des amtlichen Nachrichtenbedarfs stellen die Dienste nur noch eine Quelle dar, um die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche gesamtstaatliche Sicherheitspolitik zu generieren: ein umfassendes Lagebild als Entscheidungsgrundlage.

Das macht, um seine Fähigkeit zum Schutz seiner Bürger zu erhalten, zur zentralen Aufgabe des Staates, das eigene sowie das bei nichtstaatlichen Akteuren vorhandene Wissen zu organisieren, um Risiken rechtzeitig zu erkennen, Strategien zur Bedrohungsabwehr zu konzeptionieren und den Erfolg dieser Strategien zu evaluieren. Brisant hieran ist, dass die Dienste dieses in Zukunft immer weniger mit eigenen Ressourcen schultern können.

Der vorliegende Band benennt in den drei genannten Kernbereichen die strukturellen Mängel, denen sich die „diskrete“ Beschaffung von Informationen in Zukunft gegenübersehen wird. Diese beunruhigende Bestandsaufnahme belegen die Autoren in ihren verschiedenen Sphären eindrucksvoll. Der sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland ist zu wünschen, dass die häufig übersehene, aber essenzielle Rolle der Nachrichtendienste mit diesem Buch stärker in den Überlegungen der politischen Entscheider verankert wird. Nur Informationsüberlegenheit garantiert tatsächliche Handlungsüberlegenheit, wenn es darauf ankommt.



Heiko Borchert, (Hrsg.): Verstehen, dass die Welt sich verändert hat. Neue Risiken, neue Anforderungen und die Transformation der Nachrichtendienste. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005.

177 Seiten, € 24,90.